



Humanistischer Verband kritisiert geplanten Staatskirchenvertrag in Baden-Württemberg

Pluralismus statt Privilegien

In der kommenden Woche will der baden-württembergische Landtag einen neuen Staatskirchenvertrag für die beiden evangelischen Landeskirchen beraten. Bei den gegebenen politischen Verhältnissen im „Ländle“ steht zu befürchten, dass der ausgehandelte Vertrag ohne größere parlamentarische Widerstände die gesetzliche Hürde nehmen wird. Der HVD unterstützt „Die Humanisten Württemberg“. Die Landesregierung von Baden-Württemberg unter Führung von Herrn Oettinger, der den Abschluss des Vertrages eifrig vorangetrieben hat, verletzt die staatliche Neutralität in weltanschaulich-religiösen Fragen.

Dazu der Bundesvorsitzende des Humanistischen Verbandes Deutschlands Dr. Horst Groschopp:

„Wieder einmal haben wir es mit einem eklatanten Fall von einseitiger Privilegierung der Kirchen durch den Staat zu tun. Dabei gibt es in Deutschland keine Staatskirche mehr. Baden-Württemberg ist allerdings nicht das erste Bundesland, das mit einem derartigen Vertrag die staatlichen Subventionen für die beiden Kirchen in Deutschland für eine unbegrenzte Zeit beschließt und den Kirchen so gestattet, beharrlich ins Portemonnaie des Staates zu greifen.

Die Erhöhung der staatlichen Zahlungen für Pfarrer und für Religionslehrer, die dauerhafte Festschreibung theologischer Fakultäten trotz Senkung des Bedarfs und viele andere Leistungen des Landes Baden-Württemberg für die evangelischen Kirchen, deren Mitgliederzahlen – wie im Bundestrend – seit Jahren stark rückläufig sind, werden festgeschrieben. Besonders problematisch ist, dass die Kirchen selbst sich in dem sehr einseitigen Vertragswerk zu nichts verpflichten müssen, ja dass die Vereinbarung nicht einmal kündbar ist.

Der Humanistische Verband fordert bereits seit Jahren, die einseitige Bevorzugung der großen christlichen Kirchen in Konkordaten oder Staatsverträgen endlich abzuschaffen. Da dies leider nicht zu erwarten ist, trotz klarer Festlegungen im Grundgesetz, fordert der HVD, gleiche Verträge auch mit anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften abzuschließen und so das Gleichbehandlungsgebot umzusetzen. Deshalb unterstützen wir 'Die Humanisten Württemberg' (eine assoziierte Gemeinschaft beim HVD), die den geplanten Kirchenvertrag in einer profunden ausführlichen Stellungnahme an das baden-württembergische Kultusministerium ablehnt und vollkommen zu Recht die gleiche 'staatliche Großzügigkeit' verfassungsrechtlich für sich einfordert.“

V.i.S.d.P.: **Jens-Peter Krüger** | Pressesprecher